

9./VI 1918.

9  
153

## Gegen eine Verkürzung der Brottration.

Erklärung des Oberbürgermeisters Wermuth.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung begründete der sozialdemokratische Stadtv. Wurm einen Antrag, der den Magistrat ersucht, beim Kriegsernährungsamt dahin zu wirken, daß die Brottration nicht gekürzt wird.

Oberbürgermeister Dr. Wermuth: Aus den Erklärungen der Reichs- und Staatsbehörden in den Volksvertretungen ist zu entnehmen, daß eine Herabsetzung der Brotkopfmenge für kurze Zeit und in gewissen Grenzen nur für den äußersten Notfall nur dann in Frage kommen kann, wenn die Zufuhren aus der Ukraine den berechtigten Erwartungen nicht entsprechen. (Zuruf b. d. Unabh. Soz.: „Na also!“) Ich persönlich bin von amtlicher Stelle dahin unterrichtet worden, daß deutscherseits alle Vorlesungen getroffen worden seien, um die vertragsmäßig vereinbarten Getreidemengen rechtzeitig von der Ukraine hierher anzuführen. (Zuruf b. d. Unabh. Soz.: „Wo nichts ist...“) Getreideansporte sind auch bereits hier angelangt, auf den Post wird mit Sicherheit gerechnet. Ob er aber zeitlich genug eintrifft, um eine vorübergehende Minderung der Brotverteilung unnötig zu machen, läßt sich nicht übersehen. Es ist anzunehmen, daß die endgültige Entscheidung hierüber in sehr naher Zeit erfolgen wird. Der Magistrat hofft lebhaft, daß die Entscheidung dahin fallen wird, von der Herabsetzung abzusehen oder sie so sehr als möglich hinauszuschieben oder in ihrem Geltungsbereich zu beschränken. Wir sind im Einvernehmen mit der gesamten Bürgerschaft und unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft unausgesetzt bemüht gewesen, den maßgebenden Stellen die besondere Lage zu schildern, in der die dichtgedrängten Siedlungsgebiete, die Brennpunkte zugleich des öffentlichen Lebens und der Kriegsindustrie, sich befinden. Ihre Schwierigkeit lediglich und allein durch Vergrößerung des Grundnahrungsmittels zu vermehren, müßte unter allen Umständen vermieden werden. Wenn durchaus nicht anders möglich, so durch einen vollwertigen Ersatz auf dem Gebiete anderer Nahrungsmittel, für Berlin insonderheit wohl durch Fleisch. Aber den Organen des Reiches erwächst zugleich eine doppelt schwere Verantwortung für die geregelte Zufuhr von Getreide und Obst. Die großstädtische und Berliner Bevölkerung hat die Ausdauer und den Opfermut noch niemals kennen lassen und wird sie auch nicht sinken lassen, aber diese Eigenschaften müssen und werden schließlich auch erwidert werden durch eine verständnisvolle und schonende Würdigung unserer Lebensinteressen. (Beifall.)

Stadtv. Cassel (L.): Es ist wenigstens einigermaßen tröstlich, daß nach den Worten des Oberbürgermeisters eine etwaige Verkürzung der Brottration nur vorübergehend sein würde und die Zufuhren aus der Ukraine in Aussicht stehen. Wir alle leiden unter den schwierigen Ernährungsverhältnissen. Wir sind alle gewillt, alles was notwendig ist, zu ertragen, aber wir müssen verlangen, daß auch Rücksicht genommen wird auf unsere Verhältnisse. Mit allem Nachdruck ist die Förderung zu unterstützen, daß bei etwaiger Verkürzung der Brottration Ersatz durch andere Lebensmittel geschaffen wird. Woher kommt es denn eigentlich, daß ein absoluter Mangel an Gemüse und Obst eingetreten ist? Das liegt wohl zum Teil an den häßlichen Ausfuerverboten in einzelnen deutschen Staaten. Wir werden den Antrag annehmen. Aufgabe der Reichsregierung wird es sein, das Durchhalten, zu dem die Berliner Bevölkerung gewiß stets bereit ist, dadurch zu erleichtern, daß wir nicht das Bewußtsein haben müssen, daß Berlin besonders stiefmütterlich behandelt wird.

Nachdem noch Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.) die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrag ausgesprochen, wird dieser einstimmig angenommen.

Ein anderer, vom Ausschusse vorbereiteter Antrag: den Frauen und Angehörigen gefallener Kriegsteilnehmer einen kommunalen Ausgleichszuschuß zu der staatlichen Hinterbliebenenrente zu gewähren, wird, dem Antrage des Berichterstatters Stadtv. Spändig gemäß, abgelehnt.

Die Erhöhung der Fahrpreise auf den städtischen Straßenbahnen wird von den Stadtv. Glöde (Soz.) und Hoffmann (U. Soz.) bekämpft. Stadtrat Dr. Preuß: Da der Zweckverband sich mit der Großen Berliner auf 12 1/2 Pf. geeinigt habe, sei doch kein Grund vorhanden, ein städtisches Unternehmen schlechter zu stellen als ein privates Aktien-Unternehmen. Die Vorlage enthält für das fahrende Publikum sehr wesentliche Vorteile gegenüber dem System der Großen Berliner. Es sei zu hoffen, daß sich die „Große“ schließlich dem Beispiel der städtischen Bahn anschließen werde. Die Vorlage wird angenommen.

In gemeinsamer Sitzung mit dem Magistrat wird an Stelle des Stadtrats Flichef Stadtrat Voehning als Vertreter im Zweckverband, an Stelle des Stadtrats Voshning Stadtrat Döflein als Stellvertreter gewählt.

Eine Magistratsvorlage betrifft den Verzicht auf die alten Berliner Straßenbahnvertragsrechte gegenüber dem Verbands Groß-Berlin. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu.

Ein Ausschuß war mit der Prüfung der Magistratsvorlage über die Änderung der Verträge mit der A. E. G. von 1912 und der Stadtgemeinde Neudamm von 1915 (Nord-Süd-Bahn) betraut worden. Der Ausschuß empfiehlt, den Magistrat zu ersuchen, mit der A. E. G. über eine Änderung des Stromlieferungsvertrages auf der Grundlage zu verhandeln, daß die Kohlenlaufel entsprechend den Zeitverhältnissen eine angemessene Erhöhung erfolgt. Die weitere Verhandlung soll daher verjagt werden. Dagegen empfiehlt der Ausschuß, den Vertrag über einen Liebergangstarif zwischen den Stadtgemeinden Berlin, Neudamm und der A. E. G. Schnellbahn-Aktiengesellschaft zur Annahme.

Die Versammlung stimmt dem Antrag des Ausschusses zu, ebenso dem Vorschlag des Vorstehers, auch in diesem Jahre eigentliche Sommerferien nicht eintreten zu lassen.

Der einem Ausschusse vorgelegene sozialdemokratische Antrag auf Bewährung von Feuerzuzulagen an die Bürohilfskräfte wird nach längerer Erörterung abgelehnt und ein Antrag Baejer (L.) angenommen, wonach diejenigen verheirateten männlichen Hilfskräfte, die mindestens ein Jahr im städtischen Dienste sein, zu ihren bisherigen Bezügen eine Zulage von 15 M. monatlich erhalten sollen.

Der Öffentlichkeit folgte eine geheime Sitzung.